

O F F E N E R B R I E F

Nikolaus Voss
Cleudner Str. 14
Leipzig
7042

, den 10. 10. 89

An
den Koordinierungsausschuß des AKSK
und die Regionalgruppen des AKSK

Liebe Freunde und Freundinnen !

Nach meiner harschen Kritik an Ablauf und Inhalt der Magdeburger Vollversammlung möchte ich nun in Ruhe formulieren, was mich am derzeitigen Zustand des AKSK beunruhigt und welche Vorstellungen der Veränderung mir zur Zeit durch den Kopf gehen. Damit möchte ich einerseits deutlich machen, wie sehr ich an der Idee einer Solidarischen Kirche hänge, andererseits zu erkennen geben, daß diese Vorstellungen von einer solidarischen Kirche auch konkret werden müssen, wenn der AKSK seine Existenzberechtigung nicht einbüßen will.

A) Inhaltlich-programmatische Überlegungen

1. In der derzeitigen Situation zeichnet sich in der DDR ein längerfristiger Weg zu Parteienpluralismus und Demokratisierung ab. Dadurch werden die kirchlich-gesellschaftspolitischen Basisgruppen auf längere Sicht ihre gesellschaftspolitische Rolle verlieren, weil es möglich geworden ist, sich in politischen Vereinigungen und Parteien außerhalb der Kirche zu engagieren.

Dieser Prozeß wird von den Kirchen und auch vom AKSK zu begrüßen sein, weil er ihren jahrelangen Forderungen entspricht. Dieser Prozeß bedeutet aber auch, daß die Kirchen einen Teil ihres Profils, ihrer gesellschaftspolitischen Rolle und Anziehungskraft verlieren werden. Dieses trifft auch für den AKSK zu, denn schon jetzt setzen etliche unserer MitarbeiterInnen ihre Prioritäten zu Gunsten der politischen Gruppierungen außerhalb der Kirche.

Daher ist es m.E. VORDRINGLICH zu fragen nach einem perspektivisch eigenen, deutlich erkennbaren Profil des AKSK. Wo wollen wir eigene Akzente in dem o.g. Prozeß setzen ?

2. Die Kirche wird in einer pluralistischen Gesellschaft nach ihrer Identität, ihren Aufgaben und ihrer gesellschaftspolitischen Rolle neu fragen müssen, weil sie ihr gesellschaftspolitisches kritisches Potential an die entsprechenden politischen Vereinigungen und Parteien überwiegend abgeben werden wird.

Daher sollte der AKSK eine Vordenkerrolle hinsichtlich der Frage des zukünftigen politischen Mandats der Kirche in unserer Gesellschaft übernehmen ! Diese Frage des zukünftigen politischen Mandats der Kirche ist auch im Blick auf die Themen der gesellschaftspolitischen Aufgabenbeschreibung (s. Entwurf zum Grundsatzprogramm des AKSK, A.1-6 !) zu entfalten. Gerade hier sollte der AKSK sich profilieren, denn es ist nicht zu erwarten, daß sich die außerhalb der Kirche konstituierenden Gruppen und Parteien intensiv mit dieser Frage befassen werden. Der AKSK aber sollte daran festhalten, daß die Kirche auch in einer neuen gesellschaftspolitischen Konstellation ein politisches Mandat ausüben muß.

Der AKSK sollte darauf hinarbeiten, daß die gesellschaftspolitischen Demokratisierungsprozesse auch kritisch in der Kirche umgesetzt werden. Dieses betrifft alle Themen der innerkirchlichen Aufgaben-

beschreibung (s. Entwurf zum Grundsatzprogramm des AKSK, B.1-7 !)
wobei ein anderer Ansatz - nämlich der eines demokratisch-solidarischen Gemeindefaufbaus - zu formulieren ist. (In diesem Zusammenhang begrüße ich die Initiative von Herbert Schneider, den Entwurf zum Grundsatzprogramm mit einer Gruppe weiter zu bearbeiten.)

B) Strukturelle Überlegungen

1. Den Bemühungen um ein inhaltlich-programmatisches Profil des AKSK muß eine Arbeitsstruktur entsprechen, die auf der einen Seite ein hohes Maß an Handlungsfähigkeit, auf der anderen Seite partizipatorische Entscheidungsprozesse ermöglicht. Die derzeitige Struktur erreicht weder die eine noch die andere Zielvorstellung, weil:

- es keinerlei Verbindlichkeiten einer Mitgliedschaft im AKSK gibt;
- die auf den Regionalgruppen basierende Struktur z.Z. nicht oder nur ansatzweise funktioniert. Der AKSK tritt derzeit fast ausschließlich durch EinzelkämpferInnen in Erscheinung.
- der Koordinierungsausschuß zu wenig Kompetenzen hat.

2. Deshalb schlage ich vor, über folgende Fragen nachzudenken:

- ob eine an einen finanziellen Beitrag gebundene Mitgliedschaft eingeführt werden sollte;
- ob bei Abstimmungen in der Vollversammlung nur registrierte Mitglieder teilnehmen dürfen, die Vollversammlungen aber weiterhin öffentlich bleiben sollten;
- wie das Wechselspiel von Vollversammlungen und Regionalgruppen und die Rolle der Regionalgruppen gestärkt werden können (z.B., indem bestimmte Projekte auch einzelnen Regionalgruppen zugewiesen werden; indem jede Regionalgruppe auf jeder Vollversammlung einen kurzen Arbeitsbericht geben sollte; indem in jeder Regionalgruppe eine Kontaktperson zur Konfliktstelle bestimmt wird etc.)
- ob der Koordinierungsausschuß mehr Kompetenzen hinsichtlich der Aufstellung der Tagesordnung einer Vollversammlung, der konkreten Umsetzung der Beschlüsse der Vollversammlung übertragen bekommen sollte, gleichzeitig aber durch Rechenschaft an das höchste Organ gebunden bleiben sollte.
- ob Mitglieder des KOA gleichzeitig in anderen politischen Vereinigungen/Parteien in Leitungsgremien mitarbeiten können wegen ihrer permanenten Überlastung und problematischer Prioritätensetzungen.

Einige Freunde^h haben auf der Vollversammlung in Magdeburg in Statements immer wieder betont, daß der AKSK mit seinen Erfahrungen und seinen bewährten Strukturen (und seinem guten Ruf) eine wichtige Rolle im Demokratisierungsprozeß in unserem Land spielen könnte. Ich zweifle daran, denn ohne ein deutlich erkennbares inhaltliches Profil, ohne arbeitsfähige Strukturen und ohne eine verbindliche Mitgliedschaft wird der AKSK zur Bedeutungslosigkeit verkommen. Dann wäre es ehrlicher, den AKSK aufzulösen ("alles hat seine Zeit").

Ich bin dafür, das nächste halbe Jahr in den Regionalgruppen und KOA zu nutzen, um hier Klarheit zu schaffen. Hoffentlich !

Euer Nikolaus Voss